



Pressemitteilung

Magdeburg, 25. Februar 2022

Die Integrationshilfe Sachsen-Anhalt e.V. fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, die Situation von Afghan*innen zu verbessern. Wir unterstützen damit die Forderung aus dem offenen Brief des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt e.V. und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure des Landes.

Dies ist durch den sich chaotisch vollzogenen Machtwechsel in Afghanistan an eine Regierung der Taliban im letzten Jahr notwendig geworden. Das Haqqani-Netzwerk, das ebenso Teil der neuen Administration durch die Vergabe von Ministerposten geworden ist, wird von vielen Ländern und der UN als terroristisch eingestuft, sodass sich dadurch die politische und wirtschaftliche Situation im Land fundamental geändert hat.

Auch wenn Sachsen-Anhalt ein bevölkerungsmäßig kleines Bundesland ist, kann es einen Beitrag leisten, um für betroffene vulnerable Personen und hier aufhältige Schutzsuchende Verbesserungen zu ermöglichen. Dies betrifft insbesondere Frauen, die durch die religiös motivierte Ideologie der Taliban an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und in ihren individuellen Entwicklungsmöglichkeiten sehr stark eingeschränkt werden.

Die Initiierung eines eigenen Landesaufnahmeprogramms, wie es bereits einige Bundesländer intendiert haben und nun auch der offene Brief für Sachsen-Anhalt fordert, kann ein weiterer politischer Lösungsansatz für sehr gefährdete Afghan*innen sein. Dies betrifft insbesondere afghanischen Personen, die sich in der Vergangenheit stark gegenüber sehr konservativen gesellschaftlichen Kräften exponiert haben. Der kürzlich erfolgte Wechsel an der Spitze des Bundesinnenministeriums erhöht zudem die Wahrscheinlichkeit der erforderlichen Zustimmung durch den Bund.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, ihrer humanitären Verantwortung für diese Personengruppe nachzukommen und insbesondere für junge Afghan*innen Lebenschancen zu ermöglichen, indem jenen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 (1) Asylgesetz ausgestellt wird. Dies ist vor dem Hintergrund notwendig, dass bei aktuellen Duldungsinhabern bis zur formalen Anerkennung bzw. der Zusammenarbeit mit der Regierung der Taliban rechtlich schlicht keine Abschiebungen nach Afghanistan stattfinden können.

Das Ausstellen ebendieser Aufenthaltserlaubnis würde zudem die angekündigten politischen Maßnahmen der Bundesregierung flankieren. Zudem würden diese Maßnahmen dem Geist des Landes-Koalitionsvertrages entsprechen, der eine Modernisierung und einen Aufbruch vermitteln soll. Entschiedenenes Handeln seitens der Landesregierung würde unterstreichen, dass jenen Worten auch Taten auf unvorhergesehene politische Ereignisse im Bereich der Integrationspolitik folgen.

Über uns: Die Integrationshilfe Sachsen-Anhalt e.V. wurde am 18. April 2011 in Magdeburg gegründet. Wir verstehen uns als unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteur im Themenfeld der Migration in Sachsen-Anhalt. Wir haben uns folgende Aufgaben gesetzt, um sowohl Migrant*innen als auch die Verwaltung (z.B. Ausländerbehörde, Sozial- und Wohnungsamt, etc.) zu unterstützen und zwischen diesen zu vermitteln:

- Begleitung von Migrant*innen zu Behörden und anderen Terminen sowie Hilfestellungen,
- asylrelevante Beratung von Geflüchteten bzw. Vermittlung an Spezialisten,
- Organisation von Projekten und Veranstaltungen in Kindertagesstätten, Schulen oder öffentlichen Einrichtungen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über andere Länder, Kulturen und Religionen,
- fachliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und ähnlichen Strömungen.